

36. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Beginn der Sitzung:	20.00 Uhr
Vorsitz:	Meier Pius, Präsident
Protokoll:	Müller Daniel, Sekretär
Stimmzähler:	Gullo-Serratore Angela Müller Philipp Wiederkehr Irene
Anwesend:	36 Mitglieder
Abwesend:	
Behördenvertreter:	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Brunner Roger, Stadtrat Felber Johannes, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Schaeren Rolf, Stadtrat Tonini Esther, Stadträtin
Weibeldienst:	KPL Koch Marco

V2.6. Regional- und Ortsverkehr

Einrichtung eines Fahrradverleihsystems

Motion

Ernst Joss, Mitglied des Gemeinderates, und 9 Mitunterzeichnende haben am 4. Oktober 2012 folgende Motion eingereicht:

"Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, mittels der in Dietikon ein einfaches, benutzerfreundliches und kostengünstiges Fahrradverleihsystem eingerichtet und dieses einer geeigneten Trägerschaft für den Betrieb übergeben werden kann. Dies wenn immer möglich in Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich und weiteren Gemeinden insbesondere des Limmattales.

Begründung:

Dietikon leidet stark unter dem motorisierten Individualverkehr. Neben dem öffentlichen Verkehr können die Probleme mit Velos entschärft werden. Neben den Fahrten mit eigenen Verkehrsmitteln bieten sich Verleihsysteme an. Bei ihnen kann man die Fahrräder unbedienten Verleihstationen entnehmen. Dazu muss man eine Codekarte lösen. Solche Systeme findet man nicht nur in grösseren ausländischen Städten wie z.B. Lyon, Marseille, sondern auch in der Schweiz z.B. in Fribourg, Yverdon und Lugano. Die Stadt Zürich hat mit der Überweisung einer Motion im Gemeinderat grundsätzlich die Einrichtung eines solchen Systems beschlossen. Die Frist für die Ausarbeitung des stadträtlichen Antrages wurde auf September 2013 verlängert. Ein Anschluss an

36. Sitzung vom 6. Dezember 2012

das Zürcher System würde sich anbieten. Dazu wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, mit der Stadt Zürich Kontakt aufzunehmen, damit ein für die ganze Grossregion Zürich passendes System gewählt wird. Installieren wir kein solches System, so kommen wir bezüglich Attraktivität gegenüber den äusseren Stadtquartieren von Zürich wie z.B. Albisrieden weiter in Rückstand. Positiv wäre auch, wenn sich andere Gemeinden im Limmattal ebenfalls anschliessen würden.

Der Bedarf ist auch in einer Stadt wie Dietikon gegeben. Man denke doch an die vielen Velos, welche für kurze Fahrten entwendet werden und dann stehen gelassen werden. Solche Systeme wie z.B. in Lyon sind durchaus nicht touristisch orientiert. Yverdon weist mit rund 27'500 Einwohnern eine mit Dietikon vergleichbare Grösse auf.

Die Stadt Zürich rechnet neben Investitionen in der Höhe von Fr. 2 Mio. mit jährlichen Kosten von Fr. 1 Mio. Rechnet man diese Kosten auf die Bevölkerungszahl von Dietikon um, so erhält man einmalige Kosten von rund Fr. 120'000 und jährliche Kosten von rund Fr. 60'000. Ev. sind diese in einem Aussenquartier des Grossraumes Zürich, wie es Dietikon darstellt, etwas kleiner."

Mitunterzeichnende:

Kiwic Anton
Müller Philipp
Ilg-Lutz Christiane

Joss Rosmarie
Peer Catherine

Synnatschke Werner
Wettler Peter

Wirth Thomas
Koller Metzler Sven

Begründung:

Ernst Joss (AL) erklärt, dass im Ausland und in der Schweiz an verschiedenen Orten Fahrradverleihsysteme im Einsatz sind. Mittels Karte – ähnlich wie beim System Mobility – kann man Velos mieten. Die Verrechnung erfolgt aufgrund der benützten Zeiten. Fahrradverleihsysteme haben Zukunft; sie tragen zur Attraktivität einer Stadt bei. In Zürich ist die Einführung ebenfalls geplant. Ein politischer Vorstoss in Form einer Motion stand dort am Anfang des Prozesses. Der Vorstoss wurde überwiesen und man wird nun in der Region Zürich ein Fahrradverleihsystem einführen. Fahrraddiebstähle dürften zurückgehen, weil man mit der entsprechenden Karte ein Velo mieten kann. Zeitlich wäre es ideal, wenn in Dietikon zusammen mit Zürich das Vorhaben umgesetzt werden könnte. Es gibt grundsätzlich zwei verschiedene Betreiber. Wenn man jetzt mit der Stadt Zürich Kontakt aufnehmen würde, könnte auch hier eine Übereinstimmung angestrebt werden. Auch andere Limmattaler Gemeinden könnten Interesse haben. Natürlich würde die Einführung Kosten auslösen. Das Angebot würde aber effektiv zur Attraktivität von Dietikon beitragen. Die Aufwendungen konnten nicht genau beziffert werden. Sie sind vom mutmasslichen Aufwand in Zürich abgeleitet. Die Tarife für die Ausleihe von Fahrrädern sind sehr unterschiedlich. Es gibt Ortschaften, in denen die erste halbe Stunde gratis ist. In Zürich und Dietikon müssten letztlich die gleichen Ansätze zur Anwendung kommen.

Diskussion:

Stadtpräsident Otto Müller stellt fest, dass das Parlament vor rund zwei Stunden dem Voranschlag zugestimmt hat. Die Finanzplanung der Stadt Dietikon ist alles andere als rosig. Der finanzielle Spielraum der Stadt ist sehr eng. Der Stadtrat hat das Anliegen diskutiert. Er zweifelt auch am Bedarf. Der Hauptgrund für die ablehnende Haltung ist aber die Finanzlage. Sie zwingt zum Setzen von Prioritäten.

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass die Grünen die Eingabe von Ernst Joss als Schnellschuss betrachten und sie in Form der Motion nicht unterstützen werden. Die Velonutzung im kleinräumlichen Dieti-

36. Sitzung vom 6. Dezember 2012

kon geschieht am sinnvollsten mit dem eigenen Velo. In Grossstädten hat er selber auch schon einen Fahrradverleih benutzt. Das Mobility-System für Autos wurde seinerzeit nicht vom Staat gegründet, sondern von innovativen Leuten aus der Privatwirtschaft. Auch beim vorliegenden Geschäft ist man der Meinung, dass es nicht eine städtische Aufgabe ist. Die Stadt könnte es aber unterstützen. In der Stadt Dietikon sollte man vor allem das Velonetz ausbauen. Als Postulat könnten die Grünen das Anliegen unterstützen.

Peter Wettler (SP) meint, dass Dietikon keine Velostadt ist, obwohl die Stadtpolizei vier Velos einsetzt. Kopenhagen, Paris, New York oder London sind Velostädte und haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Nebst der Förderung des Veloverkehrs konnten so auch erhebliche Kosten für den Strassenbau eingespart werden. Die Städte werden ausserdem viel ruhiger, weil Velofahren keinen Lärm verursacht. In Kopenhagen wird das Velo als tägliches Verkehrsmittel gefördert. Bis in drei Jahren sollen 50 % der mobilen Menschen das Velo benutzen. Radschnellwege verbinden Aussenbezirke mit dem Stadtzentrum. In Paris werden die Velowege für Radpendler speziell als "Autobahnen" angelegt und im Winter bei Schneefall bevorzugt behandelt. Auch Basel ist eine Velostadt, allerdings noch nicht soweit entwickelt wie die erwähnten Städte anderer Länder. Der Gemeinderat hat vor einem Jahr Freiburg im Breisgau besucht, welches ein 400 km langes Radverkehrsnetz hat. Fast 30 % der Fahrten werden mit dem Velo zurückgelegt. In New York stehen 10'000 Leihvelos an 600 Stationen bereit. Gesetzlich vorgeschrieben ist inzwischen, dass neue Bürogebäude gedeckte Velo-standplätze vorsehen müssen. In London wurde in früheren Jahren der Autoverkehr stark gefördert. Seit einiger Zeit erfährt das Velo als Verkehrsmittel jedoch eine grosse Unterstützung. Heute hat London 12 Radschnellwege. Es stehen 6'000 Velos zur Ausleihe bereit. Angesichts der verstopften Strassen sind Fahrräder in der Ebene und Elektrobikes in hügeligem Gelände die stimmige Lösung. Geringe Kosten, verglichen mit Strassenbau und -unterhalt, kein ohrenbetäubender Lärm, keine Abgase, kaum Feinstaub und körperlich gesunde Menschen. Die SP empfiehlt, die Motion zu überweisen.

Martin Romer (FDP) fragt sich, welche Zielgruppe mit der Motion erreicht werden soll. Es sind wohl Personen, die heute schon mit dem Velo unterwegs sind. Der Werkhof muss täglich viele Velos aus der Reppisch holen und sie entsorgen. Am Arbeitsplatz von Martin Romer stehen im Verlaufe des Jahres wohl rund 20 Velos herum. Er lässt sie einfach stehen, und nach ein paar Tagen sind sie dann wieder weg. Nachdem in letzter Zeit und anderem Zusammenhang stark die Meinung vertreten wird, dass Mieten teurer sei als Kaufen, hat sich Martin Romer gleich zwei Velos erworben.

Ernst Joss (AL) stellt bezüglich Schnellschuss fest, dass vor drei Stunden ein Vorstoss der Grünen zirkuliert ist, welchen man erst vor ein paar Tagen zu diskutieren begann. Er soll nun - also auch innerhalb kürzester Zeit - eingereicht werden. Auch wenn behauptet wird, dass ein Kauf günstiger ist als Miete, fährt wohl kaum jemand mit dem Velo von Dietikon nach Winterthur. Der Transport eines Velos mit der Bahn ist ausserdem nicht gratis. Mit einem Fahrradverleih kann man mit dem Zug in eine Ortschaft reisen und dort ein Velo mieten. Velos werden gestohlen, weil sie offenbar doch benutzt werden würden. Die Kosten für das Vorhaben sind minim. Unlängst wurde für eine Planung im Niderfeld ein Betrag von Fr. 700'000.00 ausgegeben und es werden dort noch hohe Kosten auf uns zukommen.

Lucas Neff (Grüne) stellt fest, dass das Anliegen als solches von den Grünen nicht bekämpft wird. Der Vorstoss sollte aber als Postulat tituliert werden. Dann würde es auch von den Grünen unterstützt. Für das kleinräumige Dietikon ist ein Fahrradverleihsystem wohl nicht das richtige. Man kommt auch nicht von auswärts mit dem Zug und mietet am Bahnhof ein Mobility-Auto. Die Motion wird deshalb abgelehnt; Veloförderung findet bei den Grünen aber grundsätzlich Zustimmung.

36. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit 23 : 10 Stimmen:

Die Motion von Ernst Joss und 9 Mitunterzeichnenden betreffend Einrichten eines Fahrradverleihsystems wird abgelehnt.

Rechtsmittel:

Eine allfällige Beschwerde gegen den Beschluss kann gemäss § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Ernst Joss, Grabackerstrasse 17, 8953 Dietikon
- Stadtrat.

B1.161. Gebietsentwicklung Niderfeld

Logistikterminal im Niderfeld

Postulat

Ernst Joss, Mitglied des Gemeinderates, und 5 Mitunterzeichnende haben am 4. Oktober 2012 folgendes Postulat eingereicht:

"Der Stadtrat wird gebeten, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Erstellung eines Logistikzentrums im Niderfeld zur Wehr zu setzen.

Begründung:

Der Stadtrat wehrt sich seit Jahren gegen einen Gatewayterminal beim Rangierbahnhof Limmattal. Nun plant ein Logistikunternehmen einen Logistikterminal im Gebiet Niderfeld. Dabei sollen auch Aktivitäten aus Zürich nach Dietikon verschoben werden. Der Terminal soll mit vier Geleisen und einer Ausdehnung von der Mutschellenstrasse bis zum Niderfeldpark eine ansehnliche Grösse aufweisen. Er würde zu einer zusätzlichen Verkehrsbelastung führen. Zudem bietet er nicht die gewünschten hochwertigen Arbeitsplätze, welche sich eigentlich im Niderfeld ansiedeln sollten.

Es ist fragwürdig, den Umlad auf Lastwagen aus Zürich ins Niderfeld zu verschieben und dann die Stadt Zürich von dort aus mit Lastwagen zu beliefern.

Es ist nur konsequent, wenn der Stadtrat, nachdem er sich gegen den Gatewayterminal ausgesprochen hat, sich auch gegen den Logistikterminal ausspricht. Sonst verlieren wir jeglich Glaubwürdigkeit."

Mitunterzeichnende:

Rosmarie Joss
Samuel Spahn

Catherine Peer
Peter Wettler

Anton Kiwic

Begründung:

Ernst Joss (AL) erklärt, dass Dietikon Anknüpfungspunkt für Infrastrukturbauten ist. Logistikunternehmen zieht es nach Dietikon. Der Stadtrat bekämpft den Gateway der SBB sehr stark. Die meisten politischen Parteien stehen hinter dem Stadtrat. Gerüchteweise hat man erfahren, dass nun auch die Firma Planzer im Niderfeld Land erwirbt. Zunächst war nicht bekannt, weshalb. Inzwischen wird aufgrund weiterer Gerüchte bekannt, dass ein Logistikzentrum geplant ist. An einer Orientierungsversammlung im Niderfeld wurden dazu Fragen gestellt. Bruno Planzer hat Ernst Joss erklärt, dass für das Zentrum eine Grösse von 100'000 m² geplant ist. Diese Fläche stellt 30 % des gesamten Niderfeldes dar. Es fragt sich, warum für das Logistikzentrum so viel Land und an dieser Lage benötigt wird. Planzer betreibt einen Umschlagplatz beim Bahnhof in Zürich-Altstetten. Dem Vernehmen nach wird der Vertrag an diesem Standort nicht mehr verlängert. Die SBB haben mit dem Gebiet eigene Pläne. Die Einzonungsvorlage Niderfeld wurde damals hauchdünn angenommen. Man sprach immer von anzustrebender hochwertiger Nutzung. Die Arbeitsplätze in einem Logistikzentrum sind aber nicht ausgesprochen hochwertig. Die Planung soll offenbar mit Bürogebäuden ergänzt werden. Für den LKW-Verkehr wird trotzdem sehr viel Fläche benötigt. Das Vorhaben wird das Niderfeld recht klar dominieren. Es ist nicht das, was man den Leuten seinerzeit versprochen hat; sie wurden hinters Licht geführt. Die Firma Planzer wollte zuerst den Platz auf der anderen Seite der Mutschellenstrasse nutzen. Der Kanton Aargau hat das Vorhaben jedoch abgelehnt. Das Projekt verhindert, dass hochwertigere Unternehmen dort angesiedelt werden können, was auch auf die Steuereinnahmen Einfluss hat. Man sollte eine gleich klare Haltung einnehmen wie beim Projekt Gateway.

Diskussion:

Stadtpräsident Otto Müller stellt fest, dass vor einer konkreten Planung oder Umsetzung eines solchen Vorhabens, wie es Planer vorsieht, das Parlament bzw. die Stimmberechtigten einem Gestaltungsplan zustimmen müssen. Die Hürden sind also sehr hoch angesetzt. Im Gebiet Silbern platzt die Dietiker Traditionsfirma Planzer aus allen Nähten. Eine Verlegung ins Niderfeld macht Sinn und zwar in die Nähe des Bahngleises. Planzer soll am Standort Dietikon bleiben können. Der Stadtrat hat erste Studien gesehen. Aus raumplanerischer Sicht ist eine solche Nutzung grundsätzlich möglich. Allerdings muss das Vorhaben in ein Gesamtkonzept passen. Man legt Rahmenbedingungen fest, unter welchen ein solches Projekt möglich wäre. Das Bauwerk könnte auch eine Lärmriegelfunktion haben. Der Entscheid über die Chance eines solchen Projektes fällt im Rahmen der weiteren Planung. Falls eine Realisierung grundsätzlich möglich ist, wird das Projekt in einen Gestaltungsplan einfließen. Beim Gateway wird sich der Stadtrat wehren. Ein Gateway und ein modernes Logistikzentrum sind nicht vergleichbar. Der Gateway hat wesentlich weniger Wertschöpfung.

Gabriele Olivieri (CVP) stellt fest, dass die Entwicklung im Niderfeld für Dietikon sehr wichtig ist. Man sollte deshalb die Erfahrungen aus den Planungen im Limmatfeld und im SLS-Gebiet berücksichtigen. Der Stadtrat hat deswegen auch eine Begleitgruppe eingesetzt. So können die Vorschläge und Bedenken der Parteien früh genug einbezogen werden. Die CVP ist gegen das Postulat. Man kann nicht schon im Vorfeld gegen ein Projekt sein, wenn man noch nicht weiss, was genau projiziert wird. Der Postulant hat vor kurzem selbst die Einsetzung einer Begleitgruppe für den Stadtpark gelobt. Nun soll er sich etwas gedulden und nicht schon jetzt seine Vorstellungen durchsetzen.

Peter Wettler (SP) ersucht im Namen der SP-Fraktion darum, das Postulat von Ernst Joss an den Stadtrat zu überweisen. Wer das Gateway-Terminal bekämpft, muss auch das Logistikzentrum bekämpfen. Beim Gateway-Terminal ist von 250 Fahrzeugen die Rede, die vor allem nachts fahren. Das Logistikzentrum von Planzer erbringt mit 1'400 Lastwagen landesweit Transportleistungen. Wie viele von diesen 1'400 Lastwagen über die Güter- und Überlandstrasse fahren werden, ist nicht bekannt; sicher sind es aber viele. Das Logistik-Terminal würde sich an das Gateway-Terminal anschliessen, also von der Unterführung Mutschellenstrasse bis zum geplanten Park. Es würde die ge-

36. Sitzung vom 6. Dezember 2012

plante Dreiteilung des Niederfeldes in Industrie und Gewerbe im Westen, den 8 Hektaren grossen Park in der Mitte sowie das Wohnen und Kleingewerbe im Osten stark beeinträchtigen. Das sehr gute Konzept für das Niderfeld wäre gescheitert. Es besteht eine Gestaltungsplanpflicht. Mit den Landumlegungen würde wieder alles von vorne beginnen, das könnte vertraglich geschehen oder in einem Quartierplan. Peter Wettler geht nicht davon aus, dass der Stadtrat in den in der letzten Sitzung beschlossenen Fr. 700'000 für die hochkarätige Testplanung das Logistikzentrum bereits eingeschlossen hat, sonst hätte der Gemeinderat, darüber informiert werden müssen. Würden Eigi und Galenmatt auf 10 Hektaren anders genutzt, wäre fast die ganze Einzonungsvorlage, über die im Frühling 2007 abgestimmt wurde, Makulatur. Dietikon stünde im Niederfeld vor einem riesigen Planungscherbenhaufen. Der Stadtrat hat die Einzonungsvorlage Niederfeld vom 2. April 2007 „als ausgewogene Koordination aller eingebrachten Interessen“ gelobt. Peter Wettler stellt nicht in Abrede, dass die Planzer Transport AG eine gute Steuerzahlerin sein könnte, ist aber überzeugt, dass der Wert der Nutzungsplanung im Niderfeld, die an der Urne vor vier Jahren angenommen wurde, höher ist als der Preis, den man dafür bezahlen müsste, wenn alles über den Haufen geworfen wird.

Markus Erni (SVP) erklärt, dass Eigentum in der Schweiz immer noch geschützt ist und nicht einfach vom Staat bestimmt wird, was damit geschehen soll. Im Niderfeld möchte eine seit sehr langer Zeit in Dietikon ansässige Firma einen Neubau realisieren. Der Stadtrat hat klar festgehalten, dass eine Gestaltungsplanung nötig ist. Damit kann der Gemeinderat in jedem Fall nochmals Einfluss nehmen, weil er darüber befinden muss. Dieser Entscheid unterliegt dann auch einem allfälligen Referendum.

Martin Romer (FDP) erklärt, dass der Stadtpräsident bezüglich dem SBB-Terminal bereits gewisse Punkte klargestellt hat. Es handelt sich dabei um einen 24-Stunden-Betrieb. Die SBB bezahlen in Dietikon keine Steuern und es werden ca. 30 niederschwellige Arbeitsplätze generiert. Die Firma Planzer ist ein Traditionsunternehmen mit Angestellten und Ausbildungsplätzen. Die FDP will nicht gegen eine Dietiker Traditionsfirma antreten, welche Arbeitsplätze schafft. Es ist definitiv zu früh, das Anliegen zu beurteilen und mittels Postulat zu bekämpfen.

Lucas Neff (Grüne) stellt fest, dass sich die Grünen noch keine abschliessende Meinung zum Vorhaben gebildet haben. Zu wenig ist darüber bekannt. Die Firma Planzer ist ein seit drei Generationen in Dietikon tätiges Unternehmen. Grundsätzlich hat man keine Freude am überrissenen Güterverkehr. Planzer hat aber erkannt, dass die Güter von der Strasse auf die Schiene gehören. Das Anliegen der Dietiker Firma, seinen Bahnhof an seinem Heimatort zu realisieren, ist dabei verständlich. Die eigentliche Frage heisst also: Soll eine Dietiker Firma im Gewerbegebiet des Niederfelds an ihrem angestammten Gebiet expandieren dürfen oder will man lieber bessere Firmen am Ort haben? Vermutlich ist zutreffend, dass sie gegen 80 % des notwendigen Landes von 100'000 m² bereits hat kaufen können. Ein Logistikzentrum ist nur in der Industriezone möglich. Die übrigen Zonen werden in keiner Weise tangiert. Nur ein Drittel der drei Gestaltungspläne ist also betroffen. Im Niderfeld ist ein reger Landhandel im Gang. Die Gestaltungsplanverfahren werden nächstens gestartet. Welche Planer zum Einsatz kommen sollen und weitere Entscheidungen darf man nicht in eine Begleitgruppe geben. Diese Fragen sind im Gemeinderat zu entscheiden. Die Grünen unterstützen das Postulat mehrheitlich.

Ernst Joss (AL) erläutert, dass der Eigentumsschutz nicht bedeutet, dass man Eigentum unbeschränkt nutzen kann. Auch andere Grundeigentümer müssen Einschränkungen in Kauf nehmen. Für den Gateway und das Logistikzentrum gelten die gleichen Argumente. Die Firma Planzer besitzt im Moment 70 % des Landes, welches sie für die Realisierung des Vorhabens benötigt. Die Begleitgruppe plant für das gesamte anstehende Verfahren lediglich noch zwei Sitzungen. Die Firma Planzer hatte ursprünglich einen anderen Standort vorgesehen. Fast zufällig ist sie nach Dietikon gekommen. Dietikon zieht Logistikunternehmen geradezu an.

36. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit 24 : 11 Stimmen:

Das Postulat von Ernst Joss und 5 Mitunterzeichnenden betreffend Logistikterminal im Niderfeld wird nicht überwiesen.

Rechtsmittel:

Eine allfällige Beschwerde gegen den Beschluss kann gemäss § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Ernst Joss, Grabackerstrasse 17, 8953 Dietikon
- Stadtrat.

S1.061.1. Einzelne Schulen, Allgemeines **Sonderpädagogik/Sonderschulung IS (ISR und ISS)**

Interpellation

Rochus Burtscher, Mitglied des Gemeinderates, und 14 Mitunterzeichnende haben am 1. November 2012 folgende Interpellation eingereicht:

"Gemäss Volksschulgesetz § 33 sind Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Bedürfnissen wenn möglich in den Regelklassen (ISR) zu unterrichten. Infolgedessen wurde auch in Dietikon die Reintegration von Sonderschülern in die Regelklassen forciert. Aus diversen Kreisen ist zu vernehmen, dass die Reintegration selten Vorteile mit sich bringt, sondern eher im Gegenteil mehr Unruhe in Schulklassen verursacht und in vielen Fällen tatsächlich nicht sinnvoll ist.

In Bezug auf die Wirksamkeit der aktuellen Handhabung von sonderpädagogischen Massnahmen bitten wir die Schulpflege um die Beantwortung folgender Fragen:

1. *Welche Erfahrungen wurden mit der verstärkten Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Massnahmen in die Regelklassen (ISR) allgemein gemacht?*
2. *Wie beurteilt die Schulpflege die Auswirkungen der Massnahmen in Bezug auf folgende Faktoren:*
 - a. *Arbeitsbelastung der Lehrpersonen (mit ISR und ohne ISR)*
 - b. *Zufriedenheit von Lehrpersonen (mit ISR und ohne ISR)*
 - c. *Lernerfolg für Schüler (mit/ohne Defizit)*
 - d. *Zufriedenheit von Schülerinnen und Schüler (mit/ohne Defizit)*
 - e. *Therapierung (mehr/weniger Therapien)*
 - f. *Klassengrösse (grössere oder kleinere Klassen)*
 - g. *Zufriedenheit der Eltern (mit Kindern mit/ohne Defizit)*
3. *Sind durch die IS zusätzliche Kosten entstanden? Wenn ja, wie viele gegenüber ohne IS und wovon sind diese Mehrkosten zurückzuführen?*
4. *Das Modell "Integrierte Sonderschulung" führt dazu, dass Lehrpersonen mit heilpädagogischer Ausbildung zum Unterricht hinzugezogen werden müssen.*

36. Sitzung vom 6. Dezember 2012

- a. *Stehen somit weniger VZE für die gesamte Schule zur Verfügung und werden damit die Regelklassen grösser?*
 - b. *Wie beurteilt die Schulpflege den Umstand, dass im Unterricht durch die zusätzlichen Lehrpersonen mit heilpädagogischer Ausbildung (noch) mehr Unruhen in den Klassenzimmern entstehen?*
 - c. *Würde die Schulpflege es begrüssen, wenn alle Lehrpersonen über eine heilpädagogische Ausbildung verfügen? Wenn ja, wieso?*
5. *Wäre es für Dietikon nicht besser, das Modell IS abzuschaffen und dafür die Spezialklassen/Kleinklassen wieder einzuführen und damit die Regelklassen entlasten? Wenn ja, welche Konsequenzen könnten daraus entstehen?*
6. *Wie viele der gesamten Schülerschaft (inkl. Kindergarten) erhalten Sonderpädagogische Massnahmen (aufgesplittet nach Therapieformen - Mehrfachnennungen möglich)?"*

Mitunterzeichnende:

Roger Bachmann
Florian Alfons
Werner Lips
Trudi Frey

Irene Wiederkehr
Jörg Dätwyler
Martin Romer
Ueli Bayer

Stephan Wittwer
Erich Burri
Ralph Hofer

Esther Wyss-Tödtli
Markus Erni
Philipp Müller

Begründung:

Rochus Burtscher (SVP) erklärt im Rahmen der Sonderpädagogik / Sonderschulung die Unterschiede zwischen den Begriffen "Sonderschulung in der Verantwortung der Sonderschulen (ISS)" und "Sonderschulung in der Verantwortung der Regelklasse (ISR)" und zeigt auf, dass die Kosten für die ISS pro Jahr und Fall bei Fr. 80'000.00 bzw. Fr. 100'000.00 liegen. Die ISS ist unantastbar und steht hier nicht zur Debatte. Schülerinnen und Schüler mit Verhaltens- sowie Sprachbehinderungen fallen in die Kategorie der ISR. Die Interpellation ist nur auf diese Form der Sonderpädagogik ausgerichtet. Im Jahr 2010 hat die Fallzahl prägnant zugenommen. Sie stieg im gesamten Kanton Zürich von 200 auf 940 an. Die Sonderpädagogik verursacht im Kanton und bei den Gemeinden Kosten von gesamthaft rund 300 Mio. Franken jährlich. Noch erstaunlicher ist, dass die Kosten bei der ISR angestiegen, aber bei der separaten Sonderschulung nicht gesunken sind. Anscheinend hat die integrative Sonderschulung nicht den gewünschten Effekt gebracht. Mittels Gesetzesänderung will man dieser Tendenz entgegen wirken. Dietikon hat nicht nur diese sozial- und gesellschaftspolitischen Probleme zu lösen, sondern leidet stark unter der demografischen Entwicklung und der schwierigen Bevölkerungszusammensetzung. Das enorme quantitative Wachstum aufgrund der Zuwanderung bringt Dietikon in grosse Schwierigkeiten.

Der Pygmalion-Effekt besteht darin, dass Schüler bzw. Schülerinnen das leisten, was die Lehrperson von ihnen erwartet. Das ist der wichtigste Ansatz um zu verstehen, weshalb viele Fälle eigentlich keine Fälle sind. Kleine und kleinste Verhaltensänderungen werden als Fehler taxiert und die Ursache beim Kind gesucht. Häufig ist das Elternhaus für die Fehlentwicklung verantwortlich. Ein bis zwei Schüler oder Schülerinnen mit Lern- oder Verhaltensbehinderung wären in der ISR tragbar. Bei Fremdsprachigen kommen aber weitere Probleme hinzu. Dem Schüler ist es in dieser Klasse nicht wohl und aufgrund seines Verhaltens wird er ausgegrenzt. Die Lehrperson muss sich zulasten der übrigen Schülerinnen und Schüler um dieses Kind kümmern, weil sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, die Chancengleichheit missachtet zu haben. Es stellt sich die Frage, ob nicht besser wieder Spezialklassen eingeführt werden sollten.

36. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Ratspräsident Pius Meier stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

F3.03. Finanzausgleich

Massnahmen zur Sanierung des Finanzhaushaltes der Stadt Dietikon

Postulat

Martin Romer, Mitglied des Gemeinderates, und 13 Mitunterzeichnende haben am 14. November 2012 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich fordere den Stadtrat auf, in den nächsten sieben Monaten (bis zur letzten Gemeinderatssitzung vor den Sommerferien 2013) dem Gemeinderat einen Massnahmenkatalog vorzulegen, welcher ziel führend die Sanierung des Finanzhaushalts der Stadt Dietikon bis Budget 2016 konkret definiert.

Begründung:

Es ist bekannt, dass im Jahr 2017 der kantonale Übergangsausgleich Geschichte sein wird. Die Stadt Dietikon hat verschiedentlich grosse Lasten zu tragen. Gleichzeitig sind, nicht zuletzt auch demografisch begründet, die Steuereinnahmen mindestens "verbesserungswürdig" und die Kosten im Vergleich mit andern Städten mit günstigerer Einwohnerstruktur bedeutend höher. Es werden 2013 rund 3 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen erwartet. Das Budget 2013 zeigt auf, dass selbst mit dem kantonalen Ressourcenausgleich von Fr. 33.7 Mio. (9.9 Mio. Franken mehr als im Vorjahr!) gleichwohl keine ausgeglichene Rechnung möglich sein wird.

Ich fordere den Stadtrat auf, alle notwendigen Massnahmen zu prüfen sowie alles daran zu setzen, dass der Dietiker Finanzhaushalt dergleichen saniert werden kann. Dass per Budget 2016 der Finanzhaushalt insofern im Lot sein wird, damit dannzumal der nach oben offen werdende Steuerfuss sich mindestens im aktuellen Rahmen halten wird. Die Zeit drängt, weshalb ich den Stadtrat auffordere, dem Gemeinderat spätestens per letzter Gemeinderatssitzung VOR den Sommerferien 2013 einen Massnahmenkatalog vorzulegen, welcher aufzeigt, mit welchen Massnahmen, Mitteln allfälligen Strukturanpassungen etc. usw., oben umschriebene Zielsetzung erreicht werden kann."

Mitunterzeichnende:

Roger Bachmann
Markus Erni
Rochus Burtscher
Philipp Müller

Werner Lips
Stephan Wittwer
Pius Meier

Alfons Florian
Otilie Dal Canton
Max Wiederkehr

Trudi Frey
Jörg Dätwyler
Ueli Bayer

Begründung:

Martin Romer (FDP) stellt fest, dass es um den Finanzhaushalt der Stadt Dietikon nicht gut steht. Ein Vorausblick auf das Jahr 2017 könnte wie folgt aussehen: Die Finanzen der Stadt Dietikon sind nicht oder zu wenig konsequent auf Vordermann gebracht worden. Der Kanton weist selber ein grosses Defizit aus und streicht deshalb die Ausgleichsfinanzen. Der Steuerfuss muss erhöht werden. Er wird durch den Gemeinderat – in einer feurigen Debatte – mit 160 % festgelegt. Die Abwärtsspirale, welche seit Jahren stetig dreht, bewegt sich nun immer schneller. Unternehmen ziehen weg, Arbeitsplätze gehen verloren. Immer mehr Menschen müssen Sozialhilfe beanspruchen, was wiederum Steuerverlust bedeutet. Die heute intakte Infrastruktur der Stadt wird zunehmend marode, weil die liquiden Mittel für den Unterhalt fehlen. Vielleicht wird die Krone doch noch verkauft. Den Vereinen

36. Sitzung vom 6. Dezember 2012

werden die Unterstützungsbeiträge gekürzt oder gestrichen. Erste Vereine müssen sich auflösen und viele Jugendliche haben nun viel mehr Zeit, die sie nicht mehr sinnvoll nutzen.

Martin Romer weiss, dass viele Kosten als gebundene Ausgaben ein grosser Klotz am Bein sind. Der Stadtrat ist in dieser Sache nicht einfach untätig. Dietikon soll auch nicht totgespart werden. Deshalb wird mit dem Postulat nicht der Weg, sondern vor allem das Ziel beschrieben. Den geforderten Massnahmenkatalog soll der Stadtrat erstellen. Der Gemeinderat soll jedoch über diese Massnahmen mitbestimmen können und so seine Legislativverantwortung wahrnehmen. Ohne Wenn und Aber soll der Finanzhaushalt in Ordnung gebracht werden. Die zielführenden Sanierungen sollen bis zum Budget 2016 vorliegen, damit eine allfällig notwendige Feinabstimmung bis zum Voranschlag 2017 noch erfolgen kann.

Diskussion:

Rosmarie Joss (SP) stellt im Namen der SP-Fraktion den Antrag auf Ablehnung des Postulats. Die Situation in Dietikon ist nicht rosig. Das Postulat kann diese Situation aber nicht einfach verbessern. Wieso sollen ausgerechnet jene Leute, die bisher schon versucht haben, die Lage in den Griff zu bekommen, nun plötzlich die richtigen Lösungen kennen? Man würde feststellen, dass viele Kosten gebunden sind. Ausserdem ist die Bevölkerungszusammensetzung bekannt und gegeben. Schon bisher wurden viele Aufwendungen getätigt und Zeit in Haushaltoptimierungen gesteckt. Diesen Aufwand hätte man besser verwendet, um sich beim Kanton für mehr Unterstützung zu wehren. In Dietikon leistet man sich nicht viel. Das bisschen Luxus, das man sich leistet, macht aber Lebensqualität aus. Es wird beantragt, das Postulat abzulehnen, weil es ausser einem unnützen Massnahmenkatalog ohnehin nichts bewirken wird.

Samuel Spahn (Grüne) versteht Rosmarie Joss nicht. Wenn man das Anliegen von Martin Romer genau untersucht, stellt man fest, dass es darum geht, Massnahmen für die Sanierung des Finanzhaushaltes zu suchen. Gegen das Finden von Massnahmen ist nichts einzuwenden. Wenn es dann um die Umsetzung der Massnahmen geht, könnte man durchaus in einigen Bereichen dagegen stimmen. Möglicherweise schlägt der Stadtrat aber sinnvolle Varianten vor.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit 27 : 7 Stimmen:

Das Postulat von Martin Romer und 13 Mitunterzeichnenden betreffend Massnahmen zur Sanierung des Finanzhaushaltes der Stadt Dietikon wird an den Stadtrat überwiesen.

Rechtsmittel:

Eine allfällige Beschwerde gegen den Beschluss kann gemäss § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Martin Romer, Vorstadtstr. 58, 8953 Dietikon
- Stadtrat.

Schluss der Sitzung: 21.25 Uhr

Protokoll des Gemeinderates

36. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

Pius Meier
Präsident

Daniel Müller
Sekretär

Angela Gullo-Serratore
Stimmzählerin

Philipp Müller
Stimmzähler

Irene Wiederkehr
Stimmzählerin